

UfU e.V. Greifswalder Straße 4 10405 Berlin

Hanna Trojanowska

Government's Plenipotentiary for Polish
Nuclear Power Engineering Issues

Undersecretary of State

MINISTRY OF ECONOMY

Plac Trzech Krzyży 3/5

00-507 Warszawa

POLEN



22.12.2011

Eingabe zum grenzüberschreitenden Strategischen Umweltprüfungsverfahren (SUP-Verfahren) zum Entwurf des polnischen Kernenergieprogramms

Unabhängiges Institut
für Umweltfragen e.V.

Malte Schmidthals
malte.schmidthals@ufu.de

Sehr geehrte Frau Hanna Trojanowska,

Hauptgeschäftsstelle Berlin
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
t 030-4284-993-24
f 030 4280-0485
www.ufu.de

als eine wissenschaftliche Einrichtung, die aus der ostdeutschen Umweltbewegung hervorgegangen ist und sich nach der Wiedervereinigung in einer umfangreichen Studie mit den Hinterlassenschaften der Atomwirtschaft der DDR¹ auseinandergesetzt hat, reagieren wir mit Unverständnis auf die Pläne der polnischen Regierung zum Bau von Atomkraftwerken sowie auf die damit in Kauf genommenen Risiken für Gesundheit und Leben der polnischen und deutschen Bevölkerung.

Büro Halle
Große Klausstraße 11
06108 Halle
t 0345-2026530

Nach Studium des Programms für die Polnische Kernenergie des Regierungsbevollmächtigten des polnischen Kernenergieprogramms² und der Kurzfassung der Umweltverträglichkeitsprüfung des polnischen Kernenergieprogramms³ fällt auf, dass die Entwicklungen, die durch die Nuklearkatastrophe des japanischen Atomkraftwerks Fukushima seit dem 11. März 2011 verursacht wurden, in beiden Dokumenten keine angemessene Berücksichtigung gefunden haben.

¹ F.-C. Matthes u.a.: Energie- und Atomwirtschaft der DDR; Unabhängiges Institut für Umweltfragen/Öko-Institut, Berlin/Freiburg (1990)

² Siehe: http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/sup_polen_programm_de.pdf

³ Siehe: http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/sup_polen_studie_de.pdf

Geschäftskonto
Bank für Sozialwirtschaft
Berlin
Blz 100 205 00
Kto 303 660 0

Deutsche Kreditbank
Berlin
Blz 120 300 00
Kto 184 352 70

Spendenkonto
Stadt- und Kreissparkasse
Halle
Blz 800 537 62
Kto 387 011 181

USt-IdNr. DE 136785888

Angesichts des unabsehbaren Gefährdungspotenzials durch die Nutzung von Atomenergie erwarten wir eine Abkehr von diesem Vorhaben und verweisen auf die Möglichkeiten eines alternativen zukunftsfähigen Energiekonzeptes ohne Atomenergie, das auch den wichtigen Belangen des Klimaschutzes gerecht werden kann. Hierfür bieten wir unsere Beratung und Unterstützung an.

Nachfolgend möchten wir unsere Einwände hinsichtlich des Neubaus von Atomkraftwerken in Polen deutlich machen und erläutern. Zudem verweisen wir abschließend auf mögliche Alternativen zum geplanten Einstieg in die Atomwirtschaft.

1 Risiken der Uranförderung und -aufbereitung

Durch die Uranförderung werden weltweit Menschen – sowohl Bergarbeiter als auch Anwohner – erheblichen Gesundheitsrisiken durch die Strahlenbelastung ausgesetzt. Dies ist dokumentiert für den von der Sowjetisch-Deutschen Wismut-AG von 1946 bis 1990 betriebenen Uranbergbau im Erzgebirge in Deutschland: Dort sind bisher über 17.000 Bergarbeiter gestorben und noch immer leiden viele Betroffene unter den Langzeitfolgen. Bis 1990 wurden 7.163 Fälle von Lungenkrebs bei Bergarbeitern als strahlenbedingte Berufskrankheit anerkannt und 5.237 Todesfälle wurden als Strahlenopfer anerkannt. Mit einer Dunkelziffer von weiteren 7.000 wurde 1993 beim Bundesamt für Strahlenschutz gerechnet. Jährlich kommen rund 300 neue Fälle dazu. (Quelle: Medizinisches ABC-Manual)⁴. Leider wird dieser empirisch nachweisbare Sachverhalt in der Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erwähnt sondern nur mit den Hinweis abgehandelt, dass „die Migration der (...) Isotope (...) erheblich eingeschränkt werden (kann), wenn geeignete Abbau- und Behandlungstechniken eingesetzt werden“ (vgl. S. 1-37). Dies ist unseres Erachtens unzureichend, da nicht aufgeführt wird, wie „geeignete Abbau- und Behandlungstechniken“ aussehen sollen.

2 Radioaktive Verstrahlung durch Kraftwerksunfälle

Wie zuletzt der Super-GAU in Fukushima deutlich gemacht hat, gibt es keine hundertprozentige Sicherheit für Atomkraftwerke. Angesichts der enormen Schäden, die bei solchen Unfällen auftreten können und auch bereits mehrmals aufgetreten sind, ist der Betrieb von Atomkraftwerken unverantwortbar. Die größten bekannt gewordenen Unfälle mit eingetretener Kernschmelze und unkontrollierten Emissionen radioaktiven Materials, einhergehend mit der Verstrahlung der näheren und fernerer Umgebung sind im „Medizinischen ABC-Manual“¹ dokumentiert:

- 07.10.1957, Windscale (heute umbenannt in Sellafield), Großbritannien mit wenigstens 40 bis 1.000 Toten.

⁴ Medizinisches ABC-Manual, Link: www.j-schoenen.de/abc-manual/a/Strahlenunfaelle.html

- 18.03.1979, Three Mile Island, nahe Harrisburg in Pennsylvania, USA. Nachfolgende Zunahme von Erkrankungen und erhöhter Kindersterblichkeit in der Umgebung des Kraftwerkes.
- 26.04.1986, Tschernobyl, UdSSR führte zu ca. 4.000 (WHO, IAEA) bis 1.440.000 Todesopfern unter Berücksichtigung der Langzeitfolgen (Zentrum für Russische Umweltpolitik, Quelle: Schweizer Fernsehen, Tagesschau⁵). und hatte erhebliche Auswirkungen vor allem in Weißrussland. Aber auch in Polen, Deutschland und anderen europäischen Ländern wurden durch den radioaktiven Niederschlag Flächen kontaminiert und Lebensmittel verstrahlt.
- 11.3.2011, Fukushima, Japan mit bisher offiziell drei Todesopfern (Quelle: euronews⁶).

Heute umfasst das Sperrgebiet um das Atomkraftwerk Fukushima 20 Kilometer. Hier ist die Strahlung so stark, dass akute Lebensgefahr herrscht. Rund 80.000 ehemalige Bewohner, die das Erdbeben und den Tsunami überlebt haben, mussten das Gebiet verlassen. Bei den mit den Aufräumarbeiten beschäftigten Arbeitern und Angestellten, den Anwohnern und durch die weiträumige Verbreitung radioaktiven Materials über die Nahrungskette ist noch mit erheblichen Langzeitfolgen der Atomkatastrophe in Fukushima zu rechnen. Zu diesen großen Unfällen müssen auch weitere kleinere Unfälle in Forschungs- und Produktionseinrichtungen mit weiteren Tausenden Toten hinzugezählt werden, die ebenfalls in Medizinisches ABC-Manual¹ dokumentiert sind. Eine eingehendere Beschäftigung mit diesen empirisch nachweisbaren Unfällen unterbleibt in der bisherigen Umweltverträglichkeitsprüfung und diese Vorfälle finden auch im Programm für die Polnische Kernenergie vom Januar 2011 keine Erwähnung.

3 Ungelöste Atommüllentsorgung

Die Entsorgung radioaktiver Abfälle beinhaltet ein enormes Sicherheitsrisiko. Der größte Unfall in diesem Bereich ereignete sich 1957 nahe des Ortes Kyshtym in der Sowjetunion, als ein Tanklager mit radioaktiven Abwässern durch den Ausfall einer Kühlanlage explodierte und 70-80 t strahlenden Mülls freigesetzt wurden. Es wird geschätzt, dass dieser Unfall bis zu 200 Menschen das Leben kostete. Innerhalb von 10 Tagen wurden 600 Personen aus der Umgebung evakuiert, bis Ende 1958 waren es 11 180 Personen. 1060 km² Land wurden aus der landwirtschaftlichen Produktion ausgeschlossen. Erst nach dem Fall der Sowjetunion 1989 wurde der Unfall offiziell zugegeben.

Grundsätzlich ist bis heute ist das Entsorgungsproblem ungeklärt und weltweit existiert kein einziges sicheres Endlager. Durch den Bau von Atomwaffen und den fortwährenden Betrieb von Atomkraftwerken sammelt sich jedoch immer mehr radioaktiver Müll in

⁵ Schweizer Fernsehen, Tagesschau, Link:

<http://www.tagesschau.sf.tv/Nachrichten/Archiv/2011/04/26/International/Weltweit-1-44-Mio.-Tote-durch-Tschernobyl>

⁶ euronews, Link: <http://de.euronews.net/2011/10/07/drittes-todesopfer-in-fukushima/>

sogenannten Zwischenlagern an. Dieser strahlt teilweise so stark, dass er noch für Jahrzehnte bis Jahrtausende eine tödliche Gefahr darstellt. Die Atommülllager bergen neben der unmittelbar von ihnen ausgehenden Gefahren auch das Risiko, dass ihr strahlender Inhalt durch menschliches Versagen, Terrorismus oder Naturkatastrophen, weiträumig verteilt und große Gebiete unbewohnbar gemacht werden. Somit stellt der Atommüll ein latentes Sicherheitsrisiko dar, mit deren Gefährdungspotenzial auch zukünftige Generationen umgehen müssen.

Die Planung zur Ablagerung von radioaktiven Abfällen, wie sie im Rahmen des „Nationalen Plans des Verfahrens im Umgang mit Radioaktiven Abfällen und mit dem Ausgebrannten Kernbrennstoff (KPPzOPiWPJ)“ in der Umweltverträglichkeitsstudie des polnischen Kernenergieprogramms (vgl. S. 4-281 u. 4-282) vorgestellt werden, versprechen kein Konzept einer gelösten Atommüllentsorgung. Somit würde die Bevölkerung unverantwortbaren Risiken ausgesetzt.

4 Kosten der Atomwirtschaft

Der Einstieg in die Atomwirtschaft wurde von den jeweiligen Ländern mit hohen Geldsummen – zumeist aus öffentlichen Mitteln – finanziert. Bestimmte Bereiche, wie die Entsorgung des Atommülls, die Risikovorsorge sowie das Gesundheitswesen (Behandlung von Folgekrankheiten), sind dabei noch gar nicht berücksichtigt. Dies sind zusätzliche Kosten, die von den Steuerzahlern aufzubringen sind. Schon in den 1950-er Jahren scheiterte der Versuch, die Risiken des Betriebs von Kraftwerken versichern zu lassen. Da sich die Energieversorger in den USA weigerten, ohne einen entsprechenden Haftungsausschluss Kraftwerke zu bauen, wurde die Versicherung per Gesetz von 1957 auf 500 Mio. Dollar begrenzt⁷.

Bis heute haben die Betreiber von Atomkraftwerken im Fall von Unfällen nicht das volle Risiko zu tragen. Dies ist im Bereich der Wirtschaft beispiellos und zeugt von einem mangelnden Risikobewusstsein der Politiker und einer fahrlässigen Gefährdung der Bevölkerung: Denn diese werden mit Einverständnis der Politik Risiken ausgesetzt, die private Versicherungen nicht einzugehen bereit sind. Auch dieser Aspekt wird sowohl im Programm für die Polnische Kernenergie“ als auch in der Umweltverträglichkeitsstudie nicht zufriedenstellend behandelt.

5 Risiken des Missbrauchs der Atomtechnologie

Die so genannte „friedliche“ und die militärische Atomenergienutzung standen von Anfang an immer schon in einem unlöslichen Zusammenhang: Durch die Verbreitung der Atomtechnologie durch das US-amerikanische Programm „Atoms for Peace“ sowie durch Programme anderer Atomkräfte, insbesondere von Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion, wurden immer mehr Länder ebenfalls in die Lage versetzt, Kernwaffen zu produzieren, darunter auch Staaten wie Nordkorea, Pakistan und der Iran. Eine weitere

⁷ Stephanie Cooke: Atom – Die Geschichte des nuklearen Irrtums (Originalausgabe: In Mortal Hands), Kiepenheuer & Witsch, Köln (2010)

Gefahr stellen Terrorakte auf Nuklearanlagen dar. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 ist auch ein Anschlag auf ein Atomkraftwerk mit einem Passagierflugzeug keine Fiktion mehr. Eine Überprüfung der deutschen Kernkraftwerke nach der Katastrophe von Fukushima hat gezeigt, dass keines der deutschen Atomkraftwerke einem solchen Anschlag widerstehen würde. Warum dies gerade im Fall der geplanten polnischen Atomkraftwerke anders sein sollte, wird in der Umweltverträglichkeitsstudie nicht nachvollziehbar dargelegt.

6 Risiken der Verbreitung der Atomtechnologie

Da immer mehr Nuklearanlagen und Atomkraftwerke gebaut werden, steigt sowohl die radioaktive Belastung als auch das Risiko weiterer Unfälle, mit entsprechenden negativen Folgen für die Gesundheit der Menschen. Nach den Gesetzen der Wahrscheinlichkeitsrechnung ist es nur eine Frage der Zeit, wann der nächste Super-GAU in einem Atomkraftwerk stattfindet, zumal die Anlagen immer älter werden und dem natürlichen Verschleiß unterliegen. Außerdem wächst die Gefahr des Missbrauchs von radioaktivem Material, z.B. zur Herstellung von Atomwaffen sowie für Terrorakte, z.B. gegen Atomkraftwerke.

7 Widerstand der Bevölkerung gegen Atomenergie

Viele Menschen in den von der Kernenergienutzung betroffenen Ländern haben heute die Gefahren erkannt und sind nicht länger bereit, sie hinzunehmen. Dass es sich hierbei um weniger gebildete Menschen handeln soll, wie dies das in der Umweltverträglichkeitsstudie benannte Meinungsforschungsinstitut „CBOS“ (vgl. S. 5-408) herausgefunden haben will, ist unseres Erachtens als unglaubwürdig zu bewerten. Viele Protestaktionen gegen die weitere Nutzung von Atomkraft wurden sowohl in früherer als auch jüngster Zeit von gut gebildeten und informierten Bürgerinnen und Bürgern getragen. So haben nach der Atomkatastrophe in Fukushima deutschlandweit hunderttausende Menschen (250.000 allein am 27.3.2011 in Berlin, Hamburg, München und Köln) gegen die Nutzung der Kernenergie demonstriert und somit die Energiewende der deutschen Bundesregierung erzwungen. Bis 2022 steigt Deutschland nun aus der Kernenergienutzung aus und setzt vor allem auf erneuerbare Energiequellen.

Im November 2011 haben ca. 30.000 Demonstranten gegen den Castortransport von radioaktivem Müll von La Hague nach Gorleben protestiert und versucht ihn aufzuhalten. Der deutsche Staat musste 19.000 Polizisten aufbieten, damit der Transport sein Ziel erreichte. Allein diese Aktion kostete 33,5 Mio. €. Dies zeigt, dass auch die so genannte „friedliche Atomenergienutzung“ keinesfalls friedlich ist und nur mit staatlicher Gewalt durchgesetzt werden kann.

In einigen Ländern hat die Bevölkerung bereits den Einstieg in die Atomenergienutzung verhindert bzw. den Ausstieg erzwungen – wie in Österreich (1978), Italien (1987) und Deutschland (2011).

Wenn die polnische Regierung auf die Nutzung der Atomenergie setzt, wird dies auch die polnische Gesellschaft spalten und den inneren Frieden bedrohen. Diese Entwicklung ist nicht durch eine „bessere“ Information der vermeintlich weniger gebildeten Personenkreise sondern nur durch einen konsequenten Ausstieg bzw. Nicht-Einstieg in die Atomwirtschaft aufzuhalten.

8 Schlussfolgerung und Alternativen

Aus den genannten Gründen protestieren wir gegen den Einstieg Polens in die Atomenergienutzung. Es gibt keine Rechtfertigung dafür, die Menschen in Polen und den angrenzenden Ländern den unabsehbaren Risiken auszusetzen, die mit dem Einsatz dieser Technologie einhergehen.

Ein Einstieg in diese riskante Technologie ist weder zur Deckung des Energiebedarfs noch aus Klimaschutzgründen notwendig, denn durch Energieeinsparung, effiziente Energienutzung und die Nutzung der erneuerbaren Energiequellen kann der Bedarf CO₂-neutral und risikoarm gedeckt werden.

Allein die Sonne liefert in einer Stunde mehr Energie zur Erde als die gesamte Weltbevölkerung in einem Jahr benötigt. Diese Energie steht uns als direkt nutzbare Sonnenenergie zur Wärme und Stromgewinnung, als Wind- und Wasserkraft sowie Bioenergie zur Verfügung und kann in alle von den Menschen benötigten Energieformen umgewandelt werden. Wenn die Mittel, die zum Einstieg in die Atomwirtschaft erforderlich sind, in den Bereich einer nachhaltigen Energienutzung fließen, kann Polen nach unserem Dafürhalten in den nächsten 10 bis 20 Jahren seinen Energiesektor so umbauen, dass der durch Energieeinsparung und steigende Energieeffizienz ungefähr gleichbleibende Energiebedarf zunehmend durch erneuerbare Energiequellen befriedigt werden kann und die Kohlekraftwerke zum Schutz des Klimas allmählich abgeschaltet werden können. Inzwischen gibt es weltweit genügend Erfahrungen, wie dies von Seiten der Politik gefördert und umgesetzt werden kann. Als Umweltinstitut, das in den Bereichen Klimaschutz, Ressourcenschutz, Umweltrecht und Bürgerbeteiligung tätig ist, bieten wir hierfür unsere Beratung und Unterstützung an.

Berlin, den 22. Dezember 2011

Malte Schmidthals
Leiter Klimaschutz und Bildung

Kopie an:

- Michał Kięsznia, General Director for Environmental Protection
ul. Wawelska 52/54, 00-922 Warszawa, POLEN
- Markus Pfaff, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Stresemannstraße 128 – 130, 10117 Berlin, DEUTSCHLAND